

Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postkonten Leipzig 28614

Bestellt täglich mit Ausnahme der Feiertage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Preis 1 Pf. bei Vorbestellung monatlich 4 Mk., durch unsere Nachbarn gegen den in der Stadt monatlich 4.40 Mk., auf dem Lande 4.90 Mk., durch die Post gegenwärtig 13.50 Mk. mit Zustellungsgeld. Alle Postgebühren und Postzinsen sowie unsere Anzeigen und Geschäftsstellen nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle schwerer Unfälle, strenger sanitärer Bestimmungen bei der Begehr keine Maßregeln auf Lieferung der Zeitung oder Abgang des Zeitungsbetriebs.



Interessent 1 Mk. für die Sachverständigen oder deren Anwalt, Lokalred. 1 Pf., Restanten 2.50 Mk. Bei Wiederholung und Fortsetzung entsprechender Drucksachen. Bestellungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die Sachverständigen 3 Mk., Redaktionsgebühren 50 Pf. Anzeigenannahme die Vormittags 10 Uhr. Für die Rückgabe der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Haftung. Jeder Nachdruck ist strafbar, wenn der Betrag durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Anspruch genommen.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt. Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Päßler, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 143.

Mittwoch den 22. Juni 1921.

80. Jahrgang.

Amtlicher Teil.

Die Tagesordnung ist vom 26. Juni 1921 ab im Anhangkasten des amthauptmannschaftlichen Dienstgebäudes angeschlagen.

Meissen, am 20. Juni 1921. Nr. 361 I B. Die Amtshauptmannschaft.

Wir bitten höflich, Anzeigen bis 10 Uhr vormittags aufzugeben.

Mittwoch den 29. Juni 1921 vormittags 9 Uhr
wird im Verhandlungslokal des amthauptmannschaftlichen Dienstgebäudes
öffentliche Sitzung des Bezirksausschusses
abgehalten werden.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- * Reichskanzler Dr. Wirth hielt in Essen eine Rede, in der er die Opferwilligkeit aller Bevölkerungsschichten für den Wiederaufbau forderte.
- * In London soll man entschlossen sein, das Industriegebiet Oberschlesiens in Deutschland zu belassen und Polen durch Wilna abzuschneiden.
- * Das ehemalige deutsche Unterseeboot „U 111“, jetzt in amerikanischem Besitz, ist bei Cap Henry gesunken.
- * Lenin soll sich geäußert haben, die Einberufung einer verfassunggebenden Nationalversammlung für Rußland sei notwendig.
- * Japanische Streitkräfte haben die Stadt Nikolajewsk und andere Punkte in Ostibirien besetzt.

Verständigungen?

Seit drei Tagen tagt im Reichsfinanzministerium zu Berlin die interalliierte Garantiekommision. Diese Kommission, die seit ihrer Einsetzung im Reichstag der deutschen Entschädigungszahlung dienlich gemacht werden sollen. Es ist in der Tat — das erwähnte auch der Reichskanzler in seiner Essener Rede — ein Ereignis, was von der Öffentlichkeit kaum bemerkt worden ist und doch über Wohl und Wehe Deutschlands auf Jahre hinaus entscheiden kann. Denn diese Kommission hat Einspruchsrechte in die deutsche Finanzverwaltung. Ihre Beschlüsse sind für die Finanzverwaltung verbindlich, die unter der Regierung Hebronsbachs stand, brachte eine scharfe Kritik der Entschädigungsfrage über das deutsche Steuersystem. War aber diese Kritik damals eine Art Privatarbeit und hatte keine unmittelbaren Folgen für Deutschland, so reichen die Nachwirkungen der Garantiekommision aus, alle Veränderungen des Steuersystems, die damals vorgeschlagen waren, auch durchzuführen. Und wie auf die Einnahmen des Reiches, so hat sie auch auf die Ausgaben maßgebenden Einfluß. Sie kann Einschränkung der Ausgabenposten aller Ministerien verlangen und Abschnitte an den vom Reichstag bewilligten Geldmitteln vornehmen, um diese Geldmittel dann dem Reparationskonto zuzuführen.

Eine ihrer wichtigsten Aufgaben, die auf internationaler Ebene, nicht nur deutschem Gebiet liegt, wird auch die Lösung der Frage sein, in welcher Form künftig Deutschland seine Zahlungen entrichten soll, und auch hierüber wird in Berlin beraten werden. Es war bei der ersten Reparationsrate Zahlung in Dollar verlangt worden und die Dollarkäufe, die Deutschland daraufhin vornehmen mußte, hatten ein Sinken des Wertes der französischen, englischen und italienischen Währung zur Folge, also eine Schwächung der Entente. Das soll künftig vermieden werden — in welcher Weise aber, das scheint vorläufig noch den Alliierten selbst nicht klar zu sein. Schließlich wird auch darüber verhandelt werden, ob die Ausfuhrabgabe von 26 Prozent beibehalten oder an ihre Stelle ein anderer Wertmesser gesetzt werden soll.

Wenige Tage nach der Garantiekommision sind zwei französische Sachverständige für Wiedergutmachungsfragen, Lefevre und Chevillon, in Berlin angekommen, um mit dem Wiederaufbauministerium über die Arbeiten im zerstörten Frankreich zu beraten. Diese Beratungen sollten ursprünglich am 24. Juni in Paris beginnen, und es war vorgesehen, Staatssekretär Bergmann und den neuen Reichskommissar Guggenheimer zur Führung der Verhandlungen zu entsenden. Jetzt hat der französische Schritt ihre Reise wahrscheinlich überflüssig gemacht und die Beratungen können schon einige Tage früher beginnen. Es zeigt das, mit welcher Eile man in Paris jetzt bemüht ist, die Frage des Wiederaufbaus der zerstörten Gebiete zu lösen. Insofern haben die Wiesbadener Besprechungen der beiden Wiederaufbauminister zweifellos einen nachhaltigen Erfolg zu verzeichnen. Denn bisher schienen zwar die Neben der französischen Staatsmänner Eile zu vertragen, aber ihre Handlungen wiesen eine häufig unverständliche Ruhe und Bescheidenheit auf. Das deutsche Wiederaufbauministerium konnte immerhin mitteilen, daß die seit Jahren Frankreich angebotenen Lieferungen nicht in Anspruch genommen würden. Und man kann von dem jetzigen schnellen Fortschreiten der Wiederaufbauarbeiten auch Rückwirkungen auf die internationale Lage erhoffen.

Aber man darf aus dieser Beschleunigung des Tempos und aus dem anscheinend geregelten und planmäßigen Verlauf der Verhandlungen keine allzu hoffnungsvollen Rückschlüsse ziehen. Man darf nicht vergessen, daß Minister Rathenau in seiner großen Rede im Reichswirtschaftsrat ausdrücklich erklärte, er habe von Louchet den Eindruck gewonnen, einen Verhandlungspartner zu haben, der nicht gewillt sei, irgend etwas von den Rechten seines Landes an Deutschlands Leistungsfähigkeit preiszugeben. Bereitwillig wäre es also, zu glauben, daß die „Verständigungen“ über die Wiedergutmachungsfrage, die sich zwischen Deutschland und Frankreich anzubahnen scheint, irgend eine Verbesserung der Vertragsbestimmungen zur Folge haben könnte. Verständigen wird man sich über die Form, in der die deutschen Leistungen stattfinden sollen — ihren Umfang wird nach wie vor allein der Wille der Pariser Staatsmänner bestimmen.

„una“ über die Wiedergutmachungsfrage, die sich zwischen Deutschland und Frankreich anzubahnen scheint, irgend eine Verbesserung der Vertragsbestimmungen zur Folge haben könnte. Verständigen wird man sich über die Form, in der die deutschen Leistungen stattfinden sollen — ihren Umfang wird nach wie vor allein der Wille der Pariser Staatsmänner bestimmen.

Lord Curzon für das deutsche Recht.

Die oberschlesischen Fragen in Paris.

Die Besprechung zwischen dem französischen Ministerpräsidenten Briand und dem englischen Außenminister Lord Curzon hat, wie zu erwarten, keine Klärung gebracht. Der Engländer hatte, wie manchmal auch sein Minister Lloyd George, die besten Absichten, aber wir kennen die französische Art, solche Dinge diplomatisch zu behandeln und dann ins Gegenteil umzukehren. Wenn England nicht konsequenter handelt, als es bisher die Regel war, wird die eine Schwalle auch diesmal keinen Sommer machen. Die Ideen, die Lord Curzon hinsichtlich Oberschlesiens äußerte, sind nach Mitteilung Pariser Blätter so verständig geworden, daß sie gar nicht besser ausfallen konnten. Inzwischen erfahren wir nichts Genaueres darüber, was Briand geantwortet hat, abgesehen von einigen nichtsagenden Redensarten.

Lord Curzon erklärte, daß nach Ansicht der englischen Regierung das Industriegebiet von Oberschlesien unteilbar sei und angesichts der von Deutschland erhaltenen Mehrheit im Industriegebiet dessen Zuteilung an das Deutsche Reich nicht vermieden werden könnte. Lord Curzon wandte sich scharf gegen General De Rond und gab die Anregung, daß an Stelle De Ronds eine hohe Persönlichkeit eingesetzt werde, die außerhalb der Armee zu wählen wäre.

Indem England Harold Stuart ernannt habe, wurde Frankreich der Weg gewiesen, den es beschreiten wolle. Es wurde beschlossen, den Kommissaren in Oppeln Telegramme zu senden. Sie sollen eingeladen werden, das Problem der deutsch-polnischen Grenzlinie Oberschlesiens zu studieren und neue Vorschläge zu unterbreiten. Die neuesten Ereignisse, die in Oberschlesien stattfinden, die Lösung des Obersten Percival durch Harold Stuart, machen es vielleicht heute möglich, zu einer gemeinsamen Entscheidung zu kommen. Wenn nach einer gewissen Zeit die Kommissare erklären, daß sie die Einstimmigkeit nicht erreichen können, wird die Sachverständigenkommission, die Briand seinerzeit vorgeschlagen hatte, ins Leben gerufen werden, und sie wird entweder nach Oppeln gehen (Vorschlag Lloyd George) oder sie wird in London oder Paris fungieren (Vorschlag Briand).

Das „Echo de Paris“ erklärt aber, daß es sich bei Oberschlesien um eine Frage der allgemeinen Politik handle, könne man gewiss sein, daß die Regierungschefs sie lösen müssen. Was man gestern beschlossen habe, diene nur dazu, Zeit zu gewinnen! Es wurde ferner gestern beschlossen, eine gemeinsame Aktion in Berlin und Warschau zu unternehmen, damit die von den Kommissaren in Oppeln getroffenen Entscheidungen von der Berliner und polnischen Regierung durchgeführt werden.

Das scheint uns sehr überflüssig, wenn es sich eben nicht um eine Verschleppungstaktik handelt. Es stimmt dazu ganz prächtig, daß die Pariser Presse schon heute andeutet, die „eventuell“ zu berufende Sachverständigenkommission werde Mitte Juli zusammenzutreten. Das heißt also: 4 Wochen weitere Unruhe, wo es so leicht wäre, etwas Endgültiges zu schaffen.

Korjantz wiegelt ab.

Auch Korjantz ist deinst insinuiert: In einer Unterredung, die der „Times“-Korrespondent in Oppeln mit Korjantz hatte, verwies dieser zunächst auf gewisse Anzeichen, die den Gläubigen erwecken, daß die Deutschen ihre unangenehme Haltung aufgeben wollen, und daß sie sich auf die Linie zurückziehen werden, die ihnen die Interalliierte Kommission vorgeschrieben. Wenn dies wirklich geschieht, dann wird Oberschlesien Ende dieses Monats von den Insurgenten vollkommen befreit sein. Korjantz hat die Absicht, seine Truppen zu entlassen und diese Absicht wird von diesen mit Genehmigung eingenommen. Alle Insurgenten sind ungeduldig, wieder in ihre normalen Lebensverhältnisse zurückzukehren. (Was zum nächsten Male.)

„Entschädigung“ für Polen.

Wie die „Paradisi Vision“ (Prag) melden, ist in London das Gerücht verbreitet, daß über das Schicksal Oberschlesiens bereits endgültig entschieden ist. Danach sollen Deutschland alle wichtigen Grubenzentren Oberschlesiens zugesprochen werden, während Polen durch Erfüllung seiner „Ansprüche“ auf Wilna entschädigt werden soll.

Diese Nachricht bewegt sich in derselben Richtung wie die bereits mitgeteilten Meldungen aus Paris. Befestigung bleibt abzuwarten.

Dr. Wirth über deutsche Aufgaben.

n. Essen, 20. Juni.

Reichskanzler Dr. Wirth besichtigte die Elektroausstellung und äußerte seine größte Bewunderung für die Leistungen der deutschen Wirtschaftskraft, die in dieser Ausstellung zum Ausdruck kommen.

In einer Versammlung des Deutschen Gewerkschaftsbundes hielt dann Dr. Wirth vor einer tausendköpfigen Versammlung eine Rede über das Londoner Ultimatum und die Möglichkeiten zur Erfüllung der Schuldverpflichtungen. Der Kanzler führte u. a. aus:

Die Abgabe der Waffen und die Auflösung der Wehren müssen wir zunächst vornehmen. Wir haben das Ja gesprochen der deutschen Einheit wegen und der deutschen Freiheit wegen. Wir in Süddeutschland denken nicht daran, uns von unseren norddeutschen Brüdern zu trennen. Wer es ernst mit der Entwicklung Europas, mit dem Gedanken der Demokratie, mit dem Gedanken der Freiheit meint, der muß die Abstimmung in Ober- und Niederösterreich, sonst bereitet er wieder eine neue Katastrophe in Europa vor. Es war eine Verletzung des Friedensvertrages, daß die alliierten Mächte nicht insande waren, Freiheit und Ordnung aufrechtzuerhalten. Ich komme zu dem schwierigsten Kapitel der Erfüllung des Ultimatum. Wir sollen 1. zwei Milliarden in Annuitäten bezahlen, 2. 26 Prozent von der Ausfuhr abliefern und 3. die Besatzungskosten tragen. Wer in Europa Frieden und Aufbau für alle Lande will, der müßte dem Gedanken schnell näher treten, die unproduktiven Ausgaben des Militarismus auf ein Mindestmaß herabzusetzen. Dieser Auf geht hinaus an alle Länder. Ich bin in der glücklichen Lage, Ihnen mitteilen zu können, daß die Einnahmen des Reiches mehr als 45 Milliarden betragen haben. Es ist keine Demagogie, wenn ich erkläre, daß bei dem gewaltigen Ausbringen der Reichseinkommensteuer die Lohn- und Gehaltsempfänger für die Leistungen des Reiches an erster Stelle stehen. Wenn wir so weiter arbeiten, dann bin ich überzeugt, daß der innere

Gaushalt unseres Vaterlandes

im nächsten Jahre mit einem gewissen Überschuß abschließen wird. In dem Fehlbetrag von 20 Milliarden bei der Post und Eisenbahn bemerkte der Kanzler, daß er schon in diesem Jahre mit einer bedeutenden Reduzierung des Defizits rechnen unter der Voraussetzung, daß die inneren politischen Unruhen in Deutschland aufhören. Betreffs der neuen Steuerentwürfe wies der Kanzler auf die Körperschaftsteuer, die Erhöhung der Vorzugsaktien und auf die Notwendigkeit hin, Branntwein und Tabak minderbekannt in dem Maße der Friedensgoldbelastung zu befreien. Die zwei Milliarden Jahreszahlungen werden wir aufbringen. Das schwerste sei die Ausbringung der 26prozentigen Ausfuhrabgabe. Allein man sehe in England bereits, daß die Kontrolle dieser Abgabe so riesige Organisationskosten verursachen würde, daß von der Abgabe für produktive Zwecke der geringste Teil zur Verfügung stehen würde. Das Reichsnotopfer war gedacht als ein

Opfer der Goldwerte.

Da liegt der Gedanke nahe, wenn der kleine Rentner vom bescheidenen Vermögen befreit werden muß, daß dann auch die Besitzer der Goldwerte in Deutschland nicht unberührt herübergehen können. Große Vorlagen sind in Vorbereitung. Ich bin überzeugt, wenn der deutsche Arbeiter und der Beamte sieht, daß alle Kreise unseres Volkes, auch die, die mit den großen Diamanten in den Badeorten spazieren gehen, erfaßt werden, dann werden auch sie zu dem unumgänglich notwendigen Opfer bereit sein. Es darf keine Reparationsgewinnler geben, wie es Kriegs- und Revolutionsgewinnler gab. Sollen auch Reparationsgewinnler noch Europa unglücklich machen? Der Kanzler teilte dann mit, daß die jetzige Kohlensteuer wieder verlängert, wahrscheinlich erhöht werden müßte. Der Kanzler kündigte an, daß er die großen Steuerentwürfe Schlag auf Schlag jetzt unterbreiten würde und bezeichnete als die Voraussetzung wieder zu Wohlfahrt zu kommen: Unser Volk zu ernähren, es zu kleiden und es zu befeuern. Der Wiederaufbau sei das Werk der gesamten Welt.

Dr. Wirth schloß: Wir vertrauen auf unser Recht, wir wollen auf den Gräbern unserer Gefallenen im Gebiet niederstufen, aber dann wieder aufstehen und vorwärts und aufwärts gehen einer Zeit der Freiheit des demokratischen Deutschlands entgegen.